

„Ausgerechnet das „rote Herz“ streikte besonders heftig.

Der 17. Juni 1953 in der Provinz. Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle“

Beitrag der stellvertretenden Vorsitzenden der PDS Sachsen-Anhalt und Mitglied des Landtages, Dr. Angelika Klein, anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953, Mai 2003

Kaum ein Ereignis der jüngsten Geschichte war und ist so heftig umstritten wie der 17. Juni 1953. Die einen begingen den „Arbeiter-“ oder „Volksaufstand“ als „Tag der deutschen Einheit“. Die anderen werteten ihn zunächst als faschistischen, später dann als konterrevolutionären Putschversuch, der von außen gesteuert und durch innere Fehler verstärkt wurde. Beides war nicht durch historische Quellen untermauert. Heute liegt eine Vielzahl von Publikationen vor, die die Ereignisse um den 17. Juni auf der Basis sorgfältiger Archivrecherchen, Befragungen und Interviews von Zeitzeugen darstellen und ihnen den Mythos des Geheimnisvollen nehmen. Inzwischen gibt es auch einige regionalgeschichtliche Untersuchungen, die auf eine breite Basis von Archivalien zurückgreifen. Dies ist umso wichtiger, weil in den frühen Arbeiten zum 17. Juni 1953 der Schwerpunkt der Untersuchungen auf den Ereignissen in Berlin lag. Unter dem Eindruck der streikenden Berliner Bauarbeiter und den unmittelbaren Wirkungen ihrer Demonstration auf das Agieren der SED-Führung und der sowjetischen Besatzungsmacht traten die Ereignisse in der Provinz in den Hintergrund. Doch gerade in den großen Industriezentren brach die Arbeiterrevolte im Juni 1953 mit voller Wucht los.

Völlig fassungslos standen SED- und Staatsführung am 17. Juni 1953 vor der Revolte der Klasse, als deren Elite sie sich verstanden. Ausgerechnet die Arbeiter des „roten Herzens Deutschlands“, die auf ein großes revolutionäres Erbe zurückblickten, gehörten zu den Aktivisten in den Tagen um den 17. Juni 1953. Heftig und lang andauernd protestierten die Arbeiter der großen Industriezentren wie Halle, Leuna, Buna, Bitterfeld und Mansfeld gegen die verfehlte Politik und Strategie der Regierung der DDR und der SED.

Die Maßnahmen des Politbüros der SED und der Regierung der DDR vom 9. und 11. Juni 1953, die die Politik des Neuen Kurses begründeten, lösten das für die Arbeiter wichtigste Problem nicht. Die administrative Erhöhung der Normen wurde nicht rückgängig gemacht. In fast allen Betrieben des Bezirkes Halle hatte es heftige Diskussionen und vereinzelt Arbeitsniederlegungen gegeben. Im Walzwerk Hettstedt sank der Monatslohn eines Brigadiers an der Walzstraße von 1.100 auf 570 DM. Hart traf es die niedrigen Lohngruppen. In diesem Bereich sanken die Löhne von 450 auf 250 bis 300 DM. Doch erst der Marsch der Berliner Bauarbeiter am 16. Juni wurde durch die Berichterstattung des RIAS zum Signal für Demonstrationen und Streiks am 17. Juni 1953 in vielen Städten und Betrieben.

Die Atmosphäre in Halle, Bitterfeld, Eisleben und Merseburg war bereits am Morgen des 17. Juni gespannt. Auf dem Weg zur Arbeit, in den Straßenbahnen, Bussen und Zügen tauschten Bekannte und Fremde Meinungen, Gerüchte und Vermutungen aus. Die neuesten Nachrichten des RIAS über die Demonstrationen und Streiks in Berlin am Vortag wurden weitergegeben. Erste Überlegungen über eventuelle Streiks und Proteste tauchten auf. Mit Arbeitsbeginn der Frühschicht begannen in vielen Werken die Diskussionen, ob Streik oder nicht.

Die Lokomotiven- und Waggonfabrik Ammendorf (LOWA) war der Ausgangspunkt der Streik- und Demonstrationswelle in Halle. Mit Schichtbeginn wurden zunächst die

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Normenerhöhung und die Streiks in Berlin diskutiert. In der Farbenfabrik Wolfen hatten schon die Arbeiter der Nachtschicht die Chancen eines Streiks erörtert. Sie wollten aus Solidarität mit den Berliner Bauarbeitern streiken. Die Werkstatt der Farbenfabrik war das Zentrum der Diskussion. Obwohl es keine einhellige Meinung zu einem Streik und einer Demonstration gab, wurde am frühen Morgen die Arbeit niedergelegt. Auch in der Filmfabrik Wolfen wurde mit Beginn der Frühschicht der Streik beschlossen. Im Mansfeld-Kombinat „Wilhelm Pieck“ Eisleben war es die Frühschicht des Otto-Brosowski-Schachtes, die nicht einfuhr und Aufklärung über das Geschehen in Berlin verlangte.

Ebenfalls mit Beginn der Frühschicht begannen die Diskussionen und die Arbeitsniederlegungen auf der Schiffswerft Roßlau. Bauarbeiter von Fremdfirmen, die teilweise in Westberlin wohnten und in Roßlau auf dem Gelände der Schiffswerft arbeiteten, brachten die Nachrichten über die Berliner Ereignisse. Die Gespräche und Diskussionen vom Arbeitsweg wurden auch im SAG-Betrieb „Chemische Werke Buna“ bei Schichtwechsel fortgesetzt. Kurz nach Arbeitsbeginn beschlossen die Arbeiter der Karbid-Reparaturwerkstatt G 32, mit den Kollegen der Mechanischen Hauptwerkstatt B 79 über ein gemeinsames Vorgehen gegen die verordneten Normenerhöhungen zu beraten, und zogen gegen 8 Uhr dorthin. Ähnlich war die Situation in den Leuna-Werken „Walter Ulbricht“. Die Normen, die Streiks und Demonstrationen in Berlin waren die Gesprächsstoffe am Morgen des 17. Juni. Im Bau 15, der Hauptwerkstatt der Leuna-Werke, wurden die Meldungen des RIAS ausführlich besprochen.

In vielen Betrieben kam es kurz nach Schichtbeginn zu Belegschaftsversammlungen. Dort wurden der Streik beschlossen und Streikleitungen, meist auf Zuruf, gewählt. Erste Forderungen sowohl politischer als auch betrieblicher Art wurden artikuliert. Forderungen, die fast gleichlautend in den Betrieben und bei den Demonstrationen im Bezirk Halle auftauchten, zielten auf den Sturz der Regierung, die Herabsetzung der Normen und die Senkung der HO-Preise um 40 Prozent. Darüber hinaus war die Solidarität mit den Berliner Bauarbeitern ein wichtiges Motiv. Kontakte zu anderen Betrieben wurden aufgebaut. So versuchte die Streikleitung der Waggonbauer aus Ammendorf sowohl telefonisch als auch durch entsandte Vertreter, den Kontakt zum Ifa-Karosseriewerk, zur MTS-Reparaturwerkstatt, zur Maschinenfabrik Halle und zu anderen Betrieben herzustellen.

Fast überall bildeten sich in den frühen Vormittagsstunden Demonstrationzüge. Ein Großteil der Streikenden aus dem Waggonbau Ammendorf marschierte gegen 9 Uhr in Richtung Stadtzentrum. Auch in Leuna und Buna begann die Demonstration nach Merseburg in den Vormittagsstunden. Ähnlich war es im Mansfeld-Kombinat, in den Bitterfelder Betrieben und in der Schiffswerft Roßlau. In kleineren Orten kam es vereinzelt auch erst am Nachmittag oder in den Abendstunden, wenn die Arbeiter aus ihren Betrieben heimkehrten, zu Demonstrationen und Kundgebungen, so in Gerbstedt und in Hohenmölsen. Entscheidende Bedeutung für die Entwicklung an diesem Tag hatte das Verhalten der Arbeiter in den Großbetrieben. Traten sie in den Streik, folgten ihnen die Belegschaften kleinerer Betriebe. In mindestens 132 Betrieben des Bezirkes Halle gab es am 17. Juni Streiks. Nicht immer wurden Streikkomitees gewählt. In einer Vielzahl von Orten fanden Demonstrationen oder Kundgebungen statt. Meist endeten sie friedlich.

Auch an den Dörfern des Bezirkes gingen die Ereignisse des Tages nicht spurlos vorbei. Die nach Hause kommenden Arbeiter berichteten von den Streiks und Demonstrationen. Es gab Angriffe auf Gemeinde- und LPG-Verwaltungen. Maschinen-Traktoren-Stationen waren entweder Ausgangspunkt oder aber Angriffspunkt für Unruhen. Im Bezirk Halle gab es nur

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

einen Kreis, den Kreis Nebra, in dem es keine Streiks, Kundgebungen oder Demonstrationen gab.

Regionale Streikkomitees gab es in Halle, Bitterfeld und Merseburg. Diese versuchten, Streiks, Demonstrationen und Forderungen zu koordinieren. Ihnen wie auch den betrieblichen Streikkomitees gelang es aber nur bedingt, die zunehmende Aggressivität der Demonstranten zu zügeln. Waren es zunächst Arbeiter und Verwaltungsangestellte, die auf die Straßen gingen, änderte sich im Laufe des Tages die Zusammensetzung der Demonstrationen. Hausfrauen, Lehrlinge, Jugendliche, Arbeitslose und Personen, die nur bedingt den Sinn der Demonstrationen begriffen, aber an Krawallen Gefallen fanden, kamen dazu. Viele Arbeiter dagegen gingen in die Betriebe zurück oder, weil Schichtende war, nach Hause. Während es in den Betrieben nicht zu Zerstörungen kam - abgesehen von Plakaten, Bildern und Transparenten -, kam es in staatlichen Gebäuden, SED-Büros, Dienststellen der Volkspolizei und des MfS sowie Gefängnissen zu Zerstörungen bis hin zu Bücherverbrennungen. Vereinzelt gab es Ansätze von Lynchjustiz. Der von Bezirkspolizeichef Zaspel am frühen Nachmittag gegebene Befehl, dass bei Abwehrhandlungen der Gebrauch der Schusswaffe erlaubt sei, hatte schwerwiegende Folgen. So gab es allein in Halle acht Tote und 55 Verletzte.

Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes und dem Einmarsch der sowjetischen Soldaten endete die Revolte am 17. Juni. Die revoltierenden Arbeiter zogen sich wieder in die Betriebe zurück. Daran war aber nur bedingt das Eingreifen der sowjetischen Truppen schuld. Kaum einer der Streikenden und Demonstrierenden hat klare Vorstellungen über den Fortgang der Revolte, zu plötzlich hatte man sich zu diesen Aktionen entschieden, um der Unzufriedenheit und der Verbitterung Luft zu machen. Nicht überall fanden sich Sprecher - und wenn, dann hatten auch diese nur selten Vorstellungen über den weiteren Ablauf der Geschehnisse. Wichtige öffentliche Gebäude in der Stadt waren gestürmt, häufig Gefangene befreit. Andere Forderungen waren regional nicht zu erfüllen. Es machte zwar das Gerücht vom Generalstreik am 18. Juni die Runde, doch daran glaubten am Abend des 17. Juni nur noch wenige. Trotzdem traten in vielen Betrieben die Beschäftigten erst am 18. oder 19. Juni in den Streik, fast immer aus Solidarität mit den anderen Streikenden und den in diesem Zusammenhang Verhafteten. Sie erarbeiteten ganzen Paletten an politischen und vor allem ökonomischen Forderungen. In den bestreikten Betrieben wurden Bereiche wie Energie- und Wasserversorgung und die Produktionsanlagen gesichert und nicht still gelegt. Auch dort, wo fast geschlossen gestreikt wurde wie im Mansfeld-Kombinat, wurde die Betriebssicherheit der Schächte gewährleistet. Mehrheitlich distanzieren sich die Beschäftigten von Gewalt und mutwilligen Zerstörungen bei den Demonstrationen.

Die Mehrheit der Arbeiter im Bezirk Halle streikte in diesen Juni-Tagen nicht. In einigen Betrieben gab es sogar Sonderschichten. Trotzdem standen sie hinter den Forderungen der Streikenden, auch viele SED-Mitglieder. Die Forderungen und auch das Verhalten vieler Arbeiter hatten häufig „ursozialistische“ Züge. Dazu gehörte neben egalitären und libertären Ideen auch die Erwartung, dass der Sozialismus weniger und leichtere Arbeit brächte und zu einem hohen Lebensstandard führte. Das Bild vom Sozialismus stand der Wirklichkeit im „Arbeiter- und Bauern-Staat“ diametral gegenüber. Von wirklicher Machtausübung der Arbeiterklasse und basisdemokratischen Ansätzen bei der Gestaltung von Produktion und Gesellschaft hatte sich die SED-Führung spätestens mit der Umgestaltung der SED zur „Partei neuen Typus“ verabschiedet.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Mit der Tatsache, dass Arbeiter die Hauptakteure der Ereignisse im Juni 1953 waren, konnten SED- und Staatsführung nicht umgehen. Sie ignorierten, dass die Streiks und Demonstrationen von Arbeitern ausgegangen waren, dass diese maßgeblich in den spontan zustande gekommenen Streikkomitees vertreten waren und dass es Arbeiter waren, die mehrheitlich verhaftet wurden bzw. fliehen mussten. Die Streikenden waren kaum zu Hause, da war schon die Legende vom faschistischen Putsch geboren. Die Suche nach „faschistischen Provokateuren“ und „Klassenfeinden“ diente allerdings nicht einer schnellen Bewältigung der Krise. In den Großbetrieben des Bezirkes Halle garte es weiter. Am 15. Juli kam es in den Buna-Werken zu einem erneuten Streik. Dieser umfasste mehr Betriebsteile als der am 17. Juni. Diesmal gingen auch in der Karbidfabrik der Öfen aus. Hartnäckig weigerten sich die meisten Arbeiter, unter ihnen auch viele SED-Mitglieder, einzusehen, dass sie faschistischen Provokateuren nachgelaufen seien. Sie waren wie so viele andere der Meinung, dass der 17. Juni eine Sache der erbitterten Arbeiter war.

Dr. Angelika Klein ist stellvertretende Vorsitzende der PDS Sachsen-Anhalt und Mitglied des Landtages

[Quelle: http://www.pds-online.de/politik/publikationen/disput/view_html?zid=1123&bs=1&n=11&archiv=1]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---